

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

101 (1.5.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnement: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1,10 M., 1/2jähr. 5,30 M., zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 5,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 6,72 M.; durch die Feldpost 1,25 M. bezw. 6,80 M., vorauszahlbar.

Anzeige: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonzeitung od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Co., Karlsruhe.

Der 1. Mai.

Der vierte 1. Mai im Kriege scheint dazu berufen, uns die Wahrheit des Grundgedankes Hegelscher Dialektik zu beweisen, daß jeder Gegensatz in seinem Gegensatz aufgehoben und aufgehoben ist. Der Krieg hat die Maifeier radikal aufgehoben in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern. Aber im Kriege ist der Maifeiergedanke aufgehoben wie der Kern in der Schale, der Keim in umgebender Hülle. Wie hat die Bewegung lauter nach einem Tag der internationalen Völkerbrüderlichkeit geschrien und wie haben die tatsächlichen Verhältnisse einen solchen Tag unmöglich gemacht als heute, da mit verbissener Wut, mit Anspannung der letzten Kräfte im Westen um die Entscheidung gerungen wird. In Deutschland und anderen Ländern scheint der 1. Mai „tot und begraben“ in Aufbruch und in der Ukraine wird er zugleich zum ersten Mal als offizieller Feiertag gefeiert.

In dieser Hülle der Gegenwärtigkeiten braucht man nicht alles Licht dort zu suchen, wo den 1. Mai Arbeiterruhe und rote Fahnen begrüßen. Daran hindert schon die nichterne Erwägung, daß zwischen den beiden maifeiernden Staaten noch ein Zustand halb des Krieges, halb des Bürgerkrieges besteht, und daß sich der Friedensschluß zwischen beiden nicht im Zeichen des 1. Mai vollziehen wird, sondern im Gegenstande des deutschen Militarismus, der Rußland in dem Vertrage von Brest-Litovsk die Pflicht auferlegt hat, mit der Ukraine Frieden zu schließen. Ueber der Form, die uns lieb geworden ist und die unsern Gefühlslieben anpricht, wollen wir also nicht den Inhalt vergessen, sondern uns lieber eingestehen, daß auch die Maifeier in Rußland weit davon entfernt ist, das zu sein, was sie nach unsern Wünschen für alle Welt hätte werden sollen.

20 Jahre lang hatten die Sozialisten der verschiedenen Länder den 1. Mai als Demonstrationstag für den Weltfrieden gefeiert, als der Krieg ausbrach. Wir haben in dieser Zeit die Arbeiterklasse in ihrem Klassenkampf zur Macht vordringen, aber überall von ihrem Ziele noch weit entfernt. Der Sozialismus war überall, zumal in den Hauptentwässerungsländern, Oesterreich-Ungarn, Rußland und Deutschland, in mehr oder minder ohnmächtiger Opposition, in England hatte er so gut wie nichts zu bedeuten — wie hätte er da den Weltkrieg verhindern sollen? Ueberdies war es noch eine starke theoretische Unklarheit, die die Aktionskraft des Maigedankens lähmte. In den verschiedenen Ländern, in den verschiedenen Strömungen des Sozialismus hatte man die Bedeutung des 1. Mai sehr verschieden aufgefaßt.

Die ursprüngliche Auffassung ging dahin, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit Naturnotwendigkeit zu Kriegen kommen müsse, daß also der allgemeine Frieden erst durch die Katastrophe des Kapitalismus, die möglicherweise auch durch einen Krieg herbeigeführt werden konnte, zum Sieg gelangen werde. Für den „bürgerlichen Pazifismus“ konnte diese Auffassung naturgemäß so wenig übrig haben, wie für die bürgerliche Sozialpolitik. Beide schienen nur mit Palliativmitteln zu arbeiten und ihre wohlwollenden Bestrebungen galten als den Tatsachen widerprechend und utopisch. Aus dem Felde der inneren Politik konnte diese „Verständigungs- und Katastrophentheorie“ das Feld nicht lange behaupten, desto länger hielt sie sich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Vielen Sozialisten galt der durch die inneren Gegensätze des Kapitalismus verursachte Krieg als eine Entwicklungsnotwendigkeit, durch die man unweigerlich hindurch müßte. In ihren Augen konnte die internationale Aktion des Proletariats, wie sie sich in den Kundgebungen des 1. Mai manifestierte, kein unmittelbar wirksames Mittel zur Erhaltung des Friedens, sondern nur eine Vorbereitung zu späteren Entscheidungen sein.

Nur allmählich begann sich auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ein „Reformismus“ geltend zu machen, der seine entscheidenden Aufgaben schon vor der Katastrophe oder vielmehr in der Behinderung dieser Katastrophe suchte. Sein größter Vorkämpfer war Jean Jaures. Wie so überhaupt dieser große Förderer des Morgen schon im heutigen lebendig und wirksam zu machen. Wie zur bürgerlichen Sozialreform vollzog der Sozialismus auch seine Annäherung zum bürgerlichen Pazifismus. Das will natürlich nicht belagern, daß grundsätzliche Unterschiede verstanden waren, noch weniger daß der Sozialismus alle Spielarten des Pazifismus, deren es viele und manche recht nahe gibt, gutgeheiß hätte. Aber es vollzog sich eine Aenderung des gegenwärtigen Verhältnisses, da der Sozialismus die Arbeit für den Frieden als Gegenwartsaufgabe erkannte und seine ganze Energie für sie einzuwickeln begann.

Dieser Klärungsprozeß war keineswegs abgeschlossen, als der Weltkrieg ausbrach. Vielmehr sind überall im Sozialismus noch scharfe Meinungsgegensätze über diesen Punkt vorhanden. Die Weltkriegs-Fatalisten, um diese Bezeichnung für die ältere Richtung zu gebrauchen, betrachteten den Krieg als eine notwendige Erziehungsform der notwendigen sozialen Revolution, die sie sich entweder bolschewistisch als Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft in allen Ländern, oder nationalstaatlich als Sieg des eigenen Landes vorstellten, indem sie behaupten, dieses ihr eigenes Land sei der Träger des Fortschritts der sozialen Revolution und sein Sieg wäre auch der ihre. Zwischen diesen beiden Extremen, die beide den gleichen grundsätzlichen

Voraussetzungen entspringen, findet sich in allen Ländern eine sozialistische Strömung, die weniger fatalistisch denkt und praktische Arbeit zur reicheren Herbeiführung des Friedens zu leisten bemüht ist.

Die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Arbeit können freilich auch den Stärksten mühsam und verzagt machen. Aber wir glauben, daß hier die Zukunft des Sozialismus ihre stärksten Wurzeln schlägt. Der Tag nach dem Kriege wird uns

nicht die allgemeine sozialistische Gesellschaftsordnung bringen, wohl aber wird er uns vor die ungeheure Aufgabe stellen, die Wiederkehr solcher Katastrophen zu verhüten, auch wenn noch nicht die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische vollkommen vollzogen ist. Mag dann aus der Form werden was will, der Gedanke, der Wilsonen bei der Feier des 1. Mai vorangeleuchtet hat, wird dann seine Aufrechterhaltung erleben.

Um das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Wahrhaftig: wie ein Feld zu sterben versteht dieses elendeste Gebilde der Welt nicht. Wie der Feigling auf dem Schlachtfeld macht das Dreiklassenhaus die verzweifeltsten Versuche, um seinem Schicksal zu entgehen, es droht und klagt und schimpft und bittet, nur um sein trauriges Dasein noch länger fristen zu können, kein Mittel ist der Reaktion zu schlecht, um ihre Macht aufrecht zu erhalten. Gestern erdient ein Zentrumsgrüß, der eigens vom Schlachtfelde im Westen auf diesen Kampfsplatz, wo man keine Ehren und Lorbeeren holen kann, gekommen war, mit einem Antrage, die Beratung der Wahlrechtsvorlage von der Tagesordnung abzuheben und bis nach Friedensschluß zu vertagen. Die Beratung des Antrages nahm fast die ganze gestrige Sitzung in Anspruch, er wurde dann mit großer Mehrheit abgelehnt, man hatte wohl auch in diesem Hause noch ein Gefühl dafür, was es bedeutet hätte, diesen Antrag anzunehmen. Die Ausprache über die Vorlage wurde jedoch vom Ministerpräsidenten Grafen Hertling eingeleitet, der nochmals betonte, daß die Regierung an dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht grundsätzlich festhalte. Ob seine fast lebenden Bitten an die Rechte, doch die Hand zu einer Verhinderung zu reichen, um schwere Enttäuschungen zu vermeiden, Gehör finden werden, wird der heutige Tag der weiteren Aussprache zeigen.

W.B., Berlin, 30. April.

Im Ministerrath: Dr. Friedberg, Dr. Drews, v. Eisenhart-Rothe.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Graf Schwerin-Ludwig eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage und der Vorlage betr. Zusammenfassung des Herrenhauses und betr. Abänderung der Verfassung.

Die §§ 1 und 2 enthalten Bestimmungen über die Wahlberechtigung und den Ausschluß von der Wahlberechtigung.

Nach § 3 der Regierungsvorlage soll das gleiche Wahlrecht, nach den Kommissionsbeschlüssen das Mehrstimmrecht eingeführt werden.

Abg. Graf Spee (Zentr.): Ich stelle den Antrag, die Vorlage von der Tagesordnung abzuheben und bis nach Friedensschluß zu vertagen. (Stürmischer Beifall und Säuselklatschen rechts und bei einzelnen Zentrumsabgeordneten.) Ich stelle den Antrag auf eigene Faust. In dem Juliurtheil ist nicht gesagt worden, daß die Reform noch während des Krieges erfolgen muß. Die Annahme meines Antrages wird im Inneren wie auch an der Front geradezu eine Erlösung bedeuten. Die Zeit ist nicht geeignet, politische Meinungsverschiedenheiten zum Austrag zu bringen. (Rufe links: Zur Geschäftsordnung!)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Antrag des Grafen Spee hat, wie ich glaube, das hohe Haus, sowie die eigene Partei des Redners und die königl. Staatsregierung sehr überrascht. Der Vorschlag ist gewiss aus hochherzigen, patriotischen Erwägungen entstanden, er würde aber nicht den Erfolg haben, den der Antragsteller sich verspricht. Eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist, auf eine unbestimmte Zeit zu vertagen, würde den inneren Frieden unseres Volkes auf das tiefste gefährden. (Lebhafter Beifall und Säuselklatschen links.) Die königl. Staatsregierung könnte die Verantwortung nicht übernehmen und müßte die Annahme des Antrages mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beantworten. (Brausender Beifall.)

Abg. Forst (Zentr.): Graf Spee ist in der Fraktion einmütig und dringend gebeten worden, den Antrag nicht zu stellen. Er stelle ihn in seinem eigenen Namen. Ueber die Zweckmäßigkeit, die Vorlage während des Krieges zu entscheiden, kann man verschiedener Meinung sein. Aber, nachdem sie einmal eingebracht worden ist, ist es nicht mehr möglich, diesen Antrag anzunehmen. Wir lehnen ihn ab. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bachnick (F. Vg.): Ich kann mein Bestreben darüber nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der geschäftsordnungsmäßigen Begründung soweit ziehen kann, daß er selbst Ausführungen wie die von der verdamnten Friedensresolution (hört, hört!) unbeanstandet hat passieren lassen. Der Antrag selbst ist ein Sohn auf die königliche Bürgerschaft. Was Staatsministerium und das Ausland (Lebhafter Beifall links, Rufe: Nein! rechts) Was zur Sache zu sagen sein wird, wird die Generaldebatte ergeben. In diesem Antrag verjüngende ich kein Wort weiter. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Ludwig: Ich bitte, meine Handhabung der Geschäfte nicht einer Kritik zu unterziehen. (Rufe links: Sehr beachtlich.)

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Es bedeutet eine Verhöhnung des Volkes, daß man es riskiert, in dieser Stunde einen solchen Antrag zu stellen. Es ist Sache der Regierung, ob sie sich in dieser Weise auf der Nahe will herumtanzen lassen. Daß das Abgeordnetenhaus sich derartiges bieten läßt, ist Beweis dafür, daß hier mit eisernem Wesen ausgekehrt werden muß. Ich stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Spee. Das Auftreten des Grafen Spee macht den Eindruck, als ob er ohne Nachtruhe aus dem Offizierskasino gekommen wäre. (Psuirufe rechts und im Zentrum.)

Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

Hoffmann fortfahrend: Man könnte versucht sein, den Antrag zu stellen, den Grafen Spee auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. (Erneuter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wenn der Antrag angenommen würde, dann würde ich die Kampfer an der Front auffordern, solange den Kampf einzustellen (heftige Psuirufe rechts und links: Hochverräter! Der Präsident ruft den Redner zum drittenmale zur Ordnung. Von der Rechten wird dem Abg. Hoffmann, der die Rednertribüne verläßt, zugerufen: Vaterlandsverräter! Das wird Ihnen unvergessen bleiben.)

Präsident: Ich bitte den Abg. Hoffmann, über eine so ernste Frage in einer so ernsten Lage in einem Ton zu sprechen, wie es der Sache entspricht. Der Präsident rügt nachträglich den vom Grafen Spee gebrauchten Ausdruck „verdamnte Resolution des Reichstages“ und erklärt, daß er ebenfalls von dem Antrage Spee überrascht worden sei.

Abg. Fisch-Berlin (Soz.): In keinem Parlament der Welt würde man den Versuch unternommen haben, in dieser Weise das Volk herauszufordern. Die Annahme des Antrages würde lähmend auf den Siegeswillen unserer Truppen wirken.

Abg. Lehmann (Radl.): Wir werden geschlossen gegen den Antrag stimmen, durch den der Ernst der Stunde heruntergedrückt wird.

Abg. v. Heydebrand u. d. Laue (Konf.): Da der Antrag Spee für uns überraschend gekommen ist, stelle ich den Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, um das Für und Wider des Antrages abzuwägen.

Abg. Hoffmann (U. Soz.): Ich beantrage, den Antrag Heydebrand abzulehnen, da er eine Verschleppung bedeutet.

Abg. Brütt (F. Vg.) erklärt, daß seine Freunde dem Antrag Heydebrand zustimmen.

Abg. Bachnick (F. Vg.): Ich bedauere aufs tiefste, daß durch den Antrag Spee dem Abgeordneten Gelegenheit gegeben worden ist, derartige Aeußerungen zu machen, zu welcher sich außer seiner allerersten Freunde niemand bekennen kann.

Abg. Dr. Forst (Zentr.): Wir glauben, dem Antrag Spee nicht zu viel Ehre anzutun, wenn wir die Sitzung auf eine Stunde vertagen.

Der Antrag Heydebrand wird mit den Stimmen der Konservativen und Freikonserverativen und einem Teil des Zentrums angenommen.

Um 12.10 Uhr wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Um 1.17 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Abg. Lüdtke (F. Vg.): Die Verhandlungen über den Antrag haben bewiesen, welche große Schuld die königl. Staatsregierung auf sich geladen hat, (Sehr richtig rechts) daß sie in dieser Zeit mit dieser Vorlage gekommen ist. Die Verantwortung trägt die Staatsregierung. (Sehr richtig rechts.) Der Antrag Spee stellt eine Tat dar, die in weiten Kreisen des Volkes verstanden werden wird. Angesichts der gegenwärtigen Lage und nach den Verhandlungen der Kommission lehnen wir aber den Antrag des Grafen Spee ab.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Ich muß mich dagegen verwahren, daß der Staatsregierung die Schuld zugeschrieben wird.

Abg. v. Heydebrandt (Konf.): Wir haben bereits bei Einbringung der Vorlage darauf hingewiesen, daß die Verantwortung auf die Regierung fällt. Die Mehrheit meiner Freunde ist der Ansicht, daß wir, nachdem die Vorlage eingebracht und soweit verhandelt worden ist, gegen den Antrag stimmen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Vorwurf des Redners beruht eigentlich aus dem Munde derer, die die schwere Schuld dafür tragen, daß jahrelang diese Reform verzögert worden ist. (Große Unruhe, Zurufe links: Sehr richtig! Großer Lärm, Rufe: Unerhört!)

Abg. Hoffmann (U. Soz.): Wir werden von dem Grafen Spee lernen, wie man die Regierung herunterpöbelt, wenn sie nicht den Willen tut.

Abg. Graf Spee (Zentr.): Die sichere Ablehnung meines Antrages ist bedauerlich; sie erfolgt nicht aus sachlichen Gründen,

Seite
3351
en
iz
f.
Karlsruhe.
3344
r Veim:
n Kiefer.
uch & C
pfehlen
urken
riedenen
gen. 3274
uch & C
schen
3354
ntag
strafe 19.
Karlsruhe.
nam hier, mit
echanter alba,
von hier, Tele.
er. Emil Bach
alena Sig von
ent hier, mit
3. Kaufm. hier.
Bonten, Meller
udolf Reichard
Bertha Mon
a. D., Chem.
estau von Ge.
er, 68 J. alt,
Maria Ulrich
Anton Grün
atola Dieffen

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 30. April. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Nördlich von Bormsgeele und Groote Vierstraat nahmen wir mehrere englische Gräben. Bei Roker in die feindlichen Linien eindringende Sturmabteilungen riefen mit starker französischer Gegenangriffen zusammen. Im Verlaufe dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Loker festsetzen. Seine Veruche, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tapferste Artillerietätigkeit debütierte sich auf das ganze Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsfähigkeit auf Erkundungen und zeitweilig auflebendes Artilleriefener beschränkt.

Wageboulische Front. Zwischen Bardar und Doiran-see brach ein nach mehrstägiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.
Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 30. April. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Die Gefechtsfähigkeit an der Südwestfront nahm wieder beträchtlich zu. An der Piave wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Türkischer Bericht.

W.B. Konstantinopel, 30. April. (Nicht amtlich.) Amtl. Bericht von gestern: Palästina-Front: Auflebendes Gefechtsniveau an verschiedenen Stellen der Front. Erkundungsabteilungen des Gegners wurden abgewiesen. Ein feindlicher Fesselballon wurde von unseren Jagdfliegern brennend zum Absturz gebracht. — Kaukasus-Front: Unsere Truppen nahmen von dem Gebiet östlich von Kars bis zur Grenze Besitz. Auf den übrigen Fronten keine Ereignisse von Bedeutung.

Die Beute.

W.B. Berlin, 30. April. (Nicht amtlich.) Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Beute in der Westfront bis zum 1. Mai auf über 127 000 gezählte unversehrte Gefangene und mehr als 1600 Geschütze gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teil den Elite-Divisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach vielen Tausenden zählende Maschinenwaffenbeute ist wieder um einige hundert vermehrt worden.

Inzwischen 5 Wochen haben die deutschen Heere der großen Westoffensive über 4100 Quadratkilometer erobert. Die Entente konnte in der neunfachen Zeit, d. h. in 44 Wochen während ihrer Kleinoftensive im Jahre 1916 und 1917 an der Somme bei Arras und in Flandern im ganzen 561 Quadratkilometer hinführen. Die Deutschen haben also in der so viel kürzeren Zeit das 7/8fache des gesamten Geländegewinnes der Entente erzielt.

Neue Versenkungen.

W.B. Berlin, 29. April. (Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote versenkten im Spritzgebiete des Mittelmeeres 5 Dampfer und 2 Segler von zusammen rund 23 000 B.M.T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der französische benannte Dampfer „Liberia“ (1942 B.M.T.), ein großer benannter Transporter mit zwei Schornsteinen, sowie ein italienischer Segler mit 700 Tonnen Eisen für Genua.

W.B. Holfhead, 29. April. (Nicht amtlich.) Reuter. Der kanadische Dampfer „Droia“ (8075 B.M.T.) ist torpediert worden und gesunken. 110 Fahrgäste sind gerettet, drei Mann der Besatzung werden vermißt.

W.B. Bern, 29. April. (Nicht amtlich.) Der „Matin“

Abg. Radwicz (P. B.): Die Regierung trägt keine Schuld, sondern es ist ihr Verdienst, daß sie die Vorlage eingebracht hat. Es war das rechte Wort zur rechten Zeit.

Abg. Hoffmann (H. Soz.) zieht seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, den der Abg. Seydewitz wieder aufnimmt.

Abg. Dr. Forst (Zentr.): Als feinerzeit Windthorst beantragte, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, stellte die Linke den Antrag, ihn auf sechs Monate zurückzustellen. (Hört, hört!) Aus den sechs Monaten ist inzwischen eine lange Zeit geworden. (Seitertzeit.)

Hierauf folgt die namentliche Abstimmung. 60 Abgeordnete stimmen für den Antrag Spee, 333 dagegen. 1 Abgeordneter enthält sich der Abstimmung.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Hierauf berichtet Abg. Dr. Volk (Zentr.) über die Verhandlungen der Kommission.

Sodann nimmt das Wort

Ministerpräsident Graf von Hertling und führt etwa folgendes aus:

Die Staatsregierung hofft, daß es noch möglich sein wird, zu einer Verständigung mit dem Hause zu kommen und einen Plan zu finden, der die jetzt noch weit auseinandergehenden Meinungen zusammenführt. Die Vorschläge der Kommission sind für die Staatsregierung nicht annehmbar. Auch der Antrag Lohmann kann nicht zum Ziele führen. Es kann sich nur darum handeln, das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Grenzen der Vorlage zu verwirklichen. Die Forderung ist gegeben, sie muß auch eingelöst werden. In allen modernen Staaten ist das politische Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechtes eingestellt. Vielfach ist dieses Ziel schon erreicht. Auch Preußen kann sich dieser Entwicklung auf die Dauer nicht entziehen. Es kann sich nur darum handeln, einer allzuweitgehenden Mobilisierung vorzubeugen. Bestimmungen, die einer solchen entgegen wirken, sind schon in der Vorlage vorgesehen. Weitere Anregungen in dieser Richtung wird die Regierung gerne prüfen, denn sie ist fest entschlossen, schädigenden Wirkungen des gleichen Wahlrechtes nach Möglichkeit vorzubeugen. Es ist auch notwendig, daß wir bald zu einer Entscheidung kommen im Interesse der großartigen Einmütigkeit unseres Volkes, die wir erhalten müssen. Jetzt sind wir noch in der Lage, gegebene Zusagen ohne schwere Erschütterungen einzulösen. Das gleiche Wahlrecht kommt, es ist nur die Frage, ob es ohne große Erschütterungen, oder nach schweren inneren Kämpfen kommt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Seydewitz (Konf.): Der Ministerpräsident hat selbst den Wunsch nach einer Verständigung ausgesprochen, kann aber nicht erwarten, daß wir die Regierungsvorlage annehmen. Auch wir halten das gegenwärtige Wahlrecht für reformbedürftig, was aber die von der Krone gegebene Zusage betrifft, so kann ich die Auffassung der Regierung nicht teilen, daß die Minister sich hinter den König stellen. Nach unserer Meinung sollen sie vor dem König stehen. Bei Einführung des gleichen Wahlrechtes wird die Zusammenziehung des Hauses und auch der Parteil sehr von Neugierigkeiten abhängen und der Charakter des Hauses wird sich innerlich ändern. Wie auf der Rechten werden nicht mehr zu unserem Rechte kommen, während bei einem gefunden Wahlrecht jedes Mitglied des Volkes zu seinem Rechte kommen muß. Wir kämpfen für uns und unsere Kinder.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Eine Verständigung ist doch wohl sehr möglich. Der Träger der Krone ist vor Erlaß der Verfassung selbstverständlich in der eingehendsten Weise unterrichtet worden. (Hört, hört!) Als alter guter Preuße habe ich den Wunsch, daß der König möglichst gebet durch die Minister vor die Öffentlichkeit tritt. Auf das Gemeinwohlrecht braucht das preussische Wahlrecht keinen Einfluß zu haben. Die Verfassung von Staat und Gemeinden können nach einem Ausbruch von Wobbel nicht über einen Stamm gehören werden. Mit der Verfassung vom 11. Juli ist ein Regierungsprogramm aufgestellt worden, das nicht mehr aufzuhalten ist.

Nachdem auf Antrag Forst beschloffen worden ist, zur Vermittlung einer doppelten Generaldebatte die Art. 1—3 zusammen zu beraten, gibt Dr. Forst (Zentr.) die Erklärung ab, daß ein kleiner Teil seiner Partei gegen die Mehrheit für die Vorlage stimmen werde.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schluß 4 Uhr.

Kriegerische Abenteuer eines Friedfertigen.

Eine Erzählung von Heinrich Zschokke.

(Fortsetzung.)

Beförderung zum Feldprediger.

„Reich auf, ich folge der Fahne Karls des Großen!“ sagte ich lachend zum Leutnant: „und siehe um seinen großmütigen Schutz bis Berlin.“

„Wetter! Sie sollen dabei zu übel nicht fahren. Ich habe noch eine halbe Kompanie bei mir — alles tapfere Preußen, die den Teufel nicht scheuen. Gätte ich noch eine Kanone, ich würde vor zwei Regimentern Franzosen nicht weichen! Weiter! an des Herzogs von Braunschweig Stelle wäre mir das bei Jena nicht geblieben. Kommen Sie, Doktor, ich mache Sie zum Feldprediger bei meiner halben Kompanie.“

So oft wir durch ein Dorf kamen, ließ der Leutnant seine aus den Flüchtlingen verschiedener Regimenter: zusammengelegte Armee in Reife und Glied aufmarschieren, und so zog er stolz, beim Wirbel der Trommel an den Bauern vorbei, indem er kommandierte: „Gewehr in Arm!“ Wer kein Gewehr hatte, zog demütig bei der Bagage hintennach. Als Feldprediger war da mein natürlicher Platz. Ich machte nebenbei Bekanntschaft mit der Markfretenderin, welcher der Wagen gehörte. Diese ehrenwerte Dame ging rüstig zu Fuß neben ihrem mageren Gaul her, und erzählte mir sehr umständlich die Geschichten von Saalfeld und Auerstädt, und tadelte Stellungen und Manövers der Preußen auf dem Schlachtfelde. Ich hatte nichts gegen ihre strategischen Beweise einzuwenden. Denn an der Spitze von zweimalhunderttausend Mann eine Schlacht zu verlieren, traue ich mir selbst Geschicklichkeit genug zu.

Eliabeth, so hieß die Kriegskünstlerin — und was noch mehr war, sie glich auch der Königin Eliabeth von England auf ein Haar, wie man sie noch in Kupferstichen sieht — hatte auch eine hohe Schulter und behauptete, wie die Geliebte des Grafen Essex, ewige Jungfrau zu sein und bleiben zu wollen — Eliabeth hatte also eine muntere Laune, viel Wis-

sen und viel Besessenheit in der neuesten Literatur von Spieß und Kramen, und sang beständig Berliner Opernarien mit helltönender Silberstimme. Weil ich ihren schlechten Branntwein mit barem Gelde bezahlte — Karl der Große stellte für sich und seine Kriegsmacht nur Bons aus — hatte ich ihre vorzügliche Gutmütigkeit erworben. Vermöge ihres Genies und Branntweinfasses hatte sie auf unsere Truppen, und durch diese auf den Heerführer, so viel Einfluß, daß sie ein wirkliches Mitglied des Stabes ward, und überall mit sprach, wo über Fortsetzung des Zuges gesprochen werden mußte.

Weil ihr armes Kof so marode war, als die Gelden von Saalfeld und Auerstädt irgend sein konnten; weil das Branntweinfass nur dem müden Gaul, die Kompanie aber treu und fest dem Branntweinfass, der Oberfeldherr aber der Kompanie folgt, so dirigierte im Grunde unsere Königin Eliabeth den Zug, und wir machten den Tag nie mehr, als zwei bis drei Meilen. Auch ward es immer so eingerichtet, daß wir unser Hauptquartier nie in einer Stadt, sondern in irgend einem Dorfe nahmen, wo der Soldat freies Spiel, und die Königin für ihren Gaul umentgliche Nationen hatte. Einen Tag um den andern gab's Rasttag.

Mar kamen wir auf diese Weise nicht weit, aber unser Heer vergrößerte sich von Tag zu Tag durch einzelne Gaufen Soldaten, die sich ihm zugesellen, so daß wir bald gegen zweihundert Mann waren; dabei hatten wir zwei Mann Dragoner und vier Trompeter.

Run Generaladjutant.

Karl der Große nahm mich am vierten Tage des Abends auf die Seite. Ich sah es ihm längst an, daß er über große Pläne brütete. — „Herr Doktor,“ sagte er, im Kriege macht man sein Glück. Ich bin seit acht Jahren Leutnant; jetzt oder nie werde ich General. Ich kommandiere gegenwärtig fast zweihundert Mann. Ehe wir die Oder erreichen, habe ich vielleicht zweitausend gesammelt, die ich unserem König zuführe. Ich führe sie ihm aber erst nach einigen Geldentzaten zu. Ich falle mit meinem Korps in Sachsen ein, und agiere dem Feind im Rücken.“

meldet aus Mexiko über Madrid: Ein englisches Torpedoboot wurde auf Patrouillenfahrt auf der Höhe von Mexiko vom Sturm überfallen und sank. Zwölf Matrosen sind ertrunken.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Stellung der amerikanischen Arbeiter.

W.B. London, 29. April. (Nicht amtlich.) Reuter. Auf einer Konferenz der amerikanischen Arbeiterdelegierten, die augenblicklich in England weilen, mit Vertretern des Vollzugsausschusses, des Gewerkschaftskongresses, des Parlamentskomitees und der nationalen Arbeiterpartei, die heute in London abgehalten wurde, wiesen die amerikanischen Delegierten der in einem Memorandum ausgeprochenen Plan einer internationalen Sozialistenkonferenz, an der die Vertreter der feindlichen Länder teilnehmen sollen, mit Bestimmtheit zurück. Ihr gegenwärtiges Ziel sei die Niederwerfung Deutschlands. Eine internationale Arbeiterkonferenz komme nicht in Frage, bevor Deutschland seine Armeen aus den von ihm übertranneten Ländern zurückgezogen habe.

Die Lage in Finnland.

W.B. Berlin, 30. April. (Nicht amtlich.) Das finnische Hauptquartier meldet: Wiborg ist erobert.

Kopenhagen, 29. April. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm, aus Wola werde berichtet, daß die Fortschritte der bürgerlichen Truppen auf allen Fronten, besonders aus der Ostfront, anhalten, so daß die Rote Garde bald völlig besiegt sein werde. Die Führer der Revolutionäre entbanden am letzten Freitag eine Abordnung unter der Führung des früheren Landtagspräsidenten Mannen, die um Einleitung von Friedensverhandlungen ersuchte, was aber abgelehnt wurde, da ihre unbedingte Unterwerfung gefordert wird.

W.B. Kopenhagen, 30. April. (Nicht amtlich.) Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im Westteil von Sorvala Tranhara. 6000 Revolutionäre verhielten sich einen Weg nach Frederikshavn zu bahnen. Der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgelehnt. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Berlin, 30. April. Der „Berl. Lokals.“ meldet aus Stockholm: Eingetroffene russische Zeitungen berichten, in Zarsoje Selo hätten Hungerrevolten stattgefunden. Am 4. April sammelte sich eine gewaltige Volksmenge vor dem Zirkus und forderte eine Aenderung der Lebensmittelverwaltung. Am 5. April ist in Zarsoje Selo der Belagerungszustand erklärt worden.

Gerichtszeitung.

Aus den Geheimnissen einer Irrenanstalt. Vor der Ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin II kam eine Anklage zur Verhandlung, die sich mit Vorgängen in der Irrenanstalt Emmendingen befaßte. Angeklagt war der Herausgeber der Zeitschrift „Irrenreform“, Paul Elsner. Elsner hatte in seinem Platte einen Artikel gebracht, der sich mit den Erlebnissen des Irrengrubenscheißers Kaver Braun aus Unterendebach befaßte. Braun war als Gefestranter in der Irrenanstalt in Emmendingen untergebracht, von dort nach der Schweiz entlassen und wieder nach der Irrenanstalt in Emmendingen verbracht worden. Schließlich kam er in eine andere Irrenanstalt und wurde von dieser entlassen. In Emmendingen soll Braun nach seinen Angaben schwer mißhandelt worden sein. Ueber die Vorfälle erstattete er eine Anzeige an den Reichstag, dessen Petitionskommision den Reichstagsabg. Thiele nach Emmendingen sandte und der dort Erhebungen machte. Elsner hatte darum den Abg. Thiele als Zeugen zur Strafkammerverhandlung geladen. Der Zeuge sagte nun aus, daß er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Braun tatsächlich mißhandelt wurde. Das Gericht lehnte weitere Beweisangebote des Angeklagten ab, billigte ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zu und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 500 M. Dem Vab. Ministerium des Innern, das in der Sache den Strafantrag gestellt hatte, wurde die Befugnis der Urteilsveröffentlichung zuerkannt.

„Wie? Sie wollen nicht nach Berlin?“ fragte ich, und dachte an die verlassene Friederike.

„Nein, rechts ab, gegen Mittenwalde! Doktor, die Feldpredigerstelle taugt für Sie nicht. Ich dachte, Sie würden Soldat. Ich gebe Ihnen einen Militärhut, blauen Ueberrock, Degen und Pferd — Sie sollen mein Generaladjutant werden. Ich weiß, Sie verstehen Mathematik und zeichnen gut. Ich kann Sie beim Refognoszieren gebrauchen und zum Kroffieren der Legenden.“

Da half kein Opponieren. Ich nahm die Stelle des Generaladjutanten an, weil sie mir auf den Rücken eines Pferdes half, mit dem ich desto schneller Friederiken wieder zu sehen hoffte. Ich gelobte Karl dem Großen Treue, und vertauschte die designierte Pflanze mit dem Schwert Petri, doch gedachte ich niemandem ein Ohr abzuhauen.

Der Feldherr zählte nach den gleichen Abend sein Heer, ernannte neue Kapitane, Korporale und Leutnante; stellte mich als seinen künftigen Adjutanten vor, und entwidete den staunenden Preußen seine Neuenpläne.

„Ja, Kameraden,“ rief er, und spreizte beide Arme auseinander: „es ist beschloffen! Wir wollen durch unsere Taten den Namen der Preußen wieder ruhmreich machen. Der Geist des großen Friedrich umschwebt uns. Das zitternde, blutende Vaterland sieht auf uns — wie, Kameraden, sollen wir in ihm die Knechtschaft fallen? Was haben wir zu wählen? Sieg und Ruhm vor der Welt, oder eine ungeheure Reize in französischer Knechtschaft. — Wer mir treu sein, wer mir für Gott, König und Vaterland folgen will, der rufe mit: „Sieg oder Tod!“

Diese Rede entflammte das ganze Heer. Die meisten schrien: „Sieg oder Tod!“ nur einige, denen noch nach dem Fleischschöpfen Berlins gelüßte, riefen mit komischem Entschlusmus dazwischen: „Sieg oder Brot!“

Die Königin Eliabeth war auch bei dem feierlichen Auftritt zugegen. Man sah es ihr an, wie empfindlich sie gekränkt sei, die wichtige Maßregel ohne ihr Vorwissen ergriffen zu haben. Eine Waise nahm sie um die andere; bald schüttelte sie den Kopf hohnlächelnd; bald nickte sie für sich froh und drohend hin. (Fortsetzung folgt.)

Vor einigen...
...abgehalten...
...aufbau des...
...Kriegsge...
...aus: Pa...
...Gespätern...
...Länger die...
...hütter n...
...traum verge...
...lebenden M...
...mend. Die e...
...im Jahre 1917...
...habe in der...
...enden, meiste...
...Per wabr...
...stehenden Kin...
...gegenwart auf...
...Der Theolog...
...helferlicher...
...vom dem Sta...
...Anliegen der...
...sehen. Im...
...lungen verwe...
...ger auf den...
...Die Gef...
...in ihrer S...
...frühdliche...
...Wochen in...
...zung, daß die...
...19. Juli 19...
...in gelten habe...
...Schuldgefühl...
...minnis, daß...
...den Verhöru...
...preche und...
...Wesermerbung...
...alle Vergewalt...
...Diese Wahr...
...nach dem W...
...gelangnet werde...
...militärischen...
...Ereignisse eine...
...dem Wege...
...Spielraum...
...A. Zuli lassen...
...kündeten nach...
...em; aber sie...
...würmen.

Der allg...
...liche Volk...
...auch bei der...
...zu erreichen...
...ung und an d...
...ang bei Beam...
...gehälter w...
...Die Abf...
...Regierung...
...mehrfache...
...müßte dann als...
...ganz Jugendl...
...Wir aber w...
...Wahrnehmung...
...sichert.

Kämpfende...
...leht: aus W...
...breitet der...
...und hat sein...
...Er lockt aus...
...aus zahllosen...
...und will es...
...D du junge...
...o du moornig...
...für Frauen...
...auch will das...
...dich an der...
...viel Männer...
...die auch doch...
...und schwer a...
...Hört ihr dos...
...denkt: Blut...
...Wie Stah...
...Dulbende, d...
...auf bleichen...
...wist ihr un...
...Wutter Geb...
...nun macht e...
...doch ein nou...
...bessere Zuku...
...wo sie kein...
...im Friedens...

Die Richt...
...magin für 1...
...welter mit ein...
...wurde. Bis...
...weiter an dem...
...weiter der...
...kommt, in...
...gefunden w...
...besetzt.

Der Wäber...
...melden aus...
...wale Preus...
...seiner Gemo...

Die Wäber...
...melden aus...
...wale Preus...
...seiner Gemo...

Die Wäber...
...melden aus...
...wale Preus...
...seiner Gemo...

Die Wäber...
...melden aus...
...wale Preus...
...seiner Gemo...

St. 2
n englisches
höhe von M
hölz Matrizen
r Marine
er. Auf
terdele
mit Vertre
ngresses, de
erbartei, die
ie amerikani
speziellen
tenkonf
en Länder
urück. In
Deutsch
omme nicht in
von ihm über
Das finnische
"meldet aus
fortschritt der
ders aus der
völlig befreit
ndten am leb
des früheren
von Friedens
urde, da ihre
Nach einer
gang Wiborg
von Sorbala
ich einen Weg
ich wurde je
h diesen Sieg
s Feindes ge
meldet aus
berichten, in
n stattgeh
volksmenge vor
bensmittelver
Belagerung
Vor der Ersten
ne Anlagefah
er Trennans
geber der Be
er hatte in se
den Erlebniss
venderbach be
Trennans
inweiz entlos
verbracht wort
und wurde
an nach seinen
die Vorkälle
Petitionsm
lungen fandte
und über Abg. Thiele
n. Der Junge
nen habe, daß
lehnte weitere
den Schuß des
und beurteilte
Ministerium des
t hatte, wurde
trägt ich, und
ktor, die Feld
Sie würden
blauen Ueber
generaladjutant
und zeichnen
gebrauchen und
ie Stelle des
Mücken eines
deriken wieder
en Treue, und
Schwert Petri
uen.
nd sein Heer,
nante; stellt
nd entwidelte
de Arme aus
unere Katen
machen. Der
Das zitternde
meraden, sollen
haben wir zu
er eine unge
Wer mir treu
d folgen will.
Die meisten
noch nach den
nlichem Entw
eierlichen Auf
findlich sie ge
Borwissen er
e andere; bald
kte sie für die
etzung folgt.

Deutsches Reich.

Krieg und Familienleben.

Vor einigen Tagen hat die Thüringer Konferenz für in
"Miffen" eine Jahresversammlung in Raumburg a.
abgehalten. Dort sprach in einer öffentlichen Veranmlung
Theologieprofessor Dr. Meyer-Göttingen über den "Wieder
aufbau des deutschen Familienlebens nach
dem Kriege." Prof. Meyer führte im Laufe seines Re
nats aus: Bei Kriegsausbruch brachte die äußere Trennung
der Ehegatten vielfach eine innere Wiederannäherung. Aber
länger die Trennung dauerte, um so mehr zeigte sich die er
schütternde Rehrseite. Viele haben drinnen die
Trennung vergessen. Viele, die draußen vor der hinter dem Weibe
stehenden Macht die Waffen gestreckt haben, kehren als Ruinen
zurück. Die erschreckende Abnahme der Geburten
im Jahre 1917, nur etwa ein Sechstel früherer Jahre, hat ihre
Ursache in der als widernatürliche Unfruchtbarkeit zu kennzeich
nenden, weitverbreiteten Geburtenverminderung. Dazu kommt
die Verwahrlosung der ohne die Zucht des Vaters auf
wachsenden Kinder. So zeigt sich uns das Familienleben der
Gegenwart auf einer absteigenden Linie.

Der Theologieprofessor Meyer ist gewiß über den Verfall
deutscher Gesinnung hoch erhaben. Aber auch er vermag
dem Stahlbade, das dem deutschen Volke nach den
Anliegen der Kriegsheiler aus dem Kriege fließen sollte, nichts
zu tun. Im Gegenteil! Seine Darstellung der Kriegswir
kungen verweist vielmehr eindeutig auf den Sumpf, und
war auf den Sumpf in seiner absteigenden Entwicklung!

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft

hat in ihrer Sitzung vom 22. April beschlossen, auf das nach
drücklichste Verlangen einzulegen gegen die während der letz
ten Wochen in immer gefährlicheren Formen vertretene For
derung, daß die Kundgebung des Reichstags vom
19. Juli 1917 als durch die Ereignisse überholt und erledigt
zu gelten habe. Diese Kundgebung war nicht aus einem
Schwächegefühl hervorgegangen, sondern beruhte auf der Er
kenntnis, daß nur ein Friede der Verständigung und dauer
nem Veröhnung den Lebensinteressen des deutschen Volkes ent
sprache und daß mit einem solchen Frieden erzwungene Ge
setzerwerbungen gleichwie politische, wirtschaftliche oder finan
zielle Vergewaltigungen unvereinbar seien.

Diese Wahrheiten können nicht heute gelten und morgen
— nach dem Wechsel der politischen und militärischen Lage
— gelangt werden. Sie bleiben bestehen ohne unabhängig von
militärischen Erfolgen. Man mag von diesen hoffen, daß sie die
Hindernisse eines Verständigungsfriedens auf der Gegenseite
aus dem Wege räumen und daß sie es ermöglichen, innerhalb
des Spielraums, den die Grundzüge der Kundgebung vom
19. Juli lassen, die Interessen Deutschlands und seiner Ver
wandten nach wirksam, als es sonst der Fall wäre, zu wah
ren; aber sie dürfen nicht neue Hindernisse der Verständigung
wähmen.

Der allgemeine und dauernde Friede, den das
deutsche Volk von den österreichischen Kämpfern im Westen erhofft,
ist auch bei den glänzendsten Erfolgen der Offensive offenbar
zu erreichen, wenn an dem Geist der Reichstagsentschei
dung und an den feierlichen Erklärungen, die die Reichsregie
rung bei Beantwortung der päpstlichen Note abgegeben hat,
festgehalten wird.

Die Abkehr von dieser Politik würde den Reichstag und die
Reichsregierung auf das schlimmste bloßstellen. Die sicher nicht
absehbare spätere Rückkehr zu den Grundlinien des 19. Juli
würde dann als ein von außen dem deutschen Volke aufgezwun
genes Zugeständnis erscheinen.

Wir aber wollen ein Frieden, der in voller Freiheit unserer
Entscheidung die Zukunft des deutschen Volkes und den Welt
frieden sichert.

Weltheimat.

Kämpfende, blutende Brüder in jerner Schlacht,
leht: aus Winter und Not und Nacht
Freiheit der sieghaft heitere Mai
und hat sein Lachen: Vorbei, vorbei!
Er lockt aus Stellen, Höchern und Gräben,
aus zahllosen Herzen ein hoffendes Beben
und will es zu heller Beglücktheit erheben:
O du junge Schönheit im Frühlingsfeld,
o du warmige sonnige Heimat Welt!

Ihr Frauen und Mädchen in den großen Fabriken,
auch will das Reid allen Frohsinn erfinden,
daß an der Arbeit aus eurer Hand
viel Männer verderben im fremden Land,
die euch doch gleich sind in Schaffen und Wagnen
und schwer auch am Anheil der Gegenwart tragen.
Hört ihr das Eisen stöhnen und Klagen,
denkt: Blut, das von Herzen zu Herzen freist,
ist wie Stahl, der des Menschenvolks Einigkeit schweigt!

Dulbende, dorbende Wässer des Abendlands,
auf bleichen Stirnen des Krieges Dornenkranz,
wagt ihr unglückliche Qual. Ihr habt der alten
Mutter Erde die ganze Treue gehalten —
nun macht ein Ende dem harten Streite,
daß ein neues Geschlecht in die notbefreite
bessere Zukunft hinüberjähre,
wo sie kein Schlußstrich mehr umzelt:
Ihr Friedensmairer der Heimat Welt!

Artur Zidler.

Aus aller Welt.

Die Nichtigen. Jüngst wurde in einem Wiener Seiden
magazin für 120 000 Mark Seide gestohlen, wobei ein
Mörder mit einem Knobel im Munde im Seidenlager aufgesun
den wurde. Bisherige Ermittlungen ergaben, daß dieser
Mörder an dem Diebstahl teilgenommen und daß dieser
Mörder der Kriminalschußmann Hartmann in We
n ist, in dessen Wohnung fast die gesamte Diebesbeute
aufgefunden wurde. Der Schuttmann und der Wächter wurden
verhaftet.

Der Mörder des Erzherzogs Ferdinand gestorben. Die Rät
er melden aus Prag, daß gestern in der Festung Theresienstadt
einmal Prengis, der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand
in seiner Gemahlin an Anochenüberholer gefaßt wurde.

Die Oberrheinregulierung vor dem elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg i. E., 30. April. (W. B. Nicht amtlich.) In
der Ersten Kammer äußerte sich Professor Reeh als Be
richterstatter über die Ausschüßverhandlungen eingehend zur
Frage der Oberrheinregulierung. Die beiden
Hauptinteressenten Elsass-Lothringen und Baden hätten mit
Erfolg gegen die seinerzeit vom Reich vorgeschlagene ge
meinschaftliche Organisation angekämpft, da sie be
fürchteten, in wichtigen Dingen überstimmt zu werden. Nun
mehr sei unter Leitung des Reiches die Errichtung einer Ge
sellschaftsstelle mit dem Sitz in Karlsruhe beabsich
tigt. Elsass-Lothringen und Baden hätten bereits ihre
grundfällige Zustimmung zu der geplanten Vereinbarung
erklärt. In der Kommission wurde auf die internationale
Bedeutung des Werkes verwiesen und ausdrücklich betont,
daß die elsass-lothringischen Interessen in der Ausübung
der Wasserkräfte des Oberrheines genau den badischen ent
sprächen. Strasbourg und sein Hafen dürfen unter keinen
Umständen geschädigt werden etwa durch Umgehung der
Kehler Brücke durch einen Seitenkanal auf der rechten Rhein
seite. Die Schiffahrt müsse dem freien Strom verbleiben.
Regierungsseitig wurde ausgeführt, daß in der badischen
Kammer niemals behauptet worden sei, daß der Standpunkt
Badens den Sieg davon getragen habe. Die Interessen
Elsass-Lothringens würden auch in Zukunft tatkräftig ver
treten werden. Zu diesem Zwecke sei vor längerer Zeit dem
Ministerium ein technisches Büro angegliedert worden.

Undeutsche Vaterlandsliebe. Wir stehen im Begriff im Ju
nien mehr und gründlicher zu werden, als uns auch der glori
reichste Kriegsausgang je wieder einbringen und wettmachen
kann. So wehlaget ein bekanntes altheimisches Organ, die "Un
abhängige Nationalkorrespondenz", wegen der bevorstehenden Auf
hebung des § 158 der Gewerbeordnung. Also selbst der glorreichste
Endsieg und die Erfüllung der weitestgehenden Deutsehoffnungen
entschädigte die Schwerindustrie nicht genügend für eine kleine
Verbesserung des Koalitionsrechtes. Das steht ganz auf der Stufe
des "berühmten" Wortes von Oldenburg-Jaruschau: Wenn das
gleiche Wahlrecht in Preußen kommt, haben wir den Krieg ver
loren.

Ausland.

Die dänischen Wahlen.

Sieg der sozialdemokratisch-radikalen Regierung.

Die ersten dänischen Folketingswahlen, die nach der neuen
Verfassung abgehalten wurden bedeuten einen vollen Sieg der
sozialdemokratisch-radikalen Regierung und der von ihr vertre
tenen wahrhaften Neutralitätspolitik über die ententistisch
gesinnten bürgerlichen Gruppen. Die dänische Regierung Jahle
Brandes-Stauning verlorperte nicht nur die Neutralität Däne
marks nach außen hin sie hat auch das dänische Volk im Innern
gut über die Schwierigkeiten des Krieges hinweggeleitet und
namentlich der großen Masse des Volkes eine verhältnismäßig
gute Ernährung ermöglicht.

Der Wahlkampf war von noch nicht dagewesener
Gefügigkeit. Alle Kapitalisten, Großindustriellen, Großbauern
und Kaufleute, denen die zur Zimderung der Teuerung einge
führten sozialistischen Maßnahmen lästig und in ihrem Profit
streben hinderlich waren, hatten sich zusammengesetzt, um das
verhasste Ministerium der Sozialdemokraten und Radikalen zu
stürzen. Auch der Inselverkauf an Amerika spielte im Wahlkampf
eine Rolle und wurde von der Rechten zur Aufpeitschung chauvi
nistischer Verdenkschaften benutzt. Zu der bürgerlichen Opposition
gesellten sich noch zwei neue gegündete anarcho-sozialistische Grup
pen, die "Sozialistische Arbeiterpartei" und die "Unabhängige So
zialdemokratie", deren gefährliche Zersplitterungsarbeit aber an
der Einheit der dänischen Arbeiterschaft scheiterte.

Trotz aller Anstrengungen der Bürgerlichen und der äußer
sten Linken hat sich das Ministerium Jahle-Stauning bei den
Wahlen behauptet. Nach vorläufiger Berechnung — die Be
setzung der sogenannten Zusatzmandate nach dem Verhält
nisssystem ist noch nicht endgültig festgestellt — werden in dem
neuen dänischen Folketing 30 Sozialdemokraten und 32 Radikale
sizen. Da die Gesamtzahl der Mandate 140 beträgt, so besitzt die
Regierung mit 71 Mandaten bereits die absolute Mehr
heit. Diese dürfte noch etwas größer werden, da das Ergebnis
für die meist sozialistisch wählenden Farer-Inseln (ein Mandat)
noch aussteht und die endgültige Feststellung der Verhältnis
mandate das Resultat für die Regierung wahrcheinlich noch
günstiger gestalten wird. In der vorhergehenden Kammer die nur
114 Mitglieder zählte, saßen 32 Sozialdemokraten und 32 Radika
le. Die Regierungsmehrheit ist also vielleicht um ein wenig
kleiner geworden, aber immer noch fest und ausreichend.

Die bürgerliche Opposition brachte es auf 68 Mandate, von
denen 45 der alten Linken (Wauerpartei) und 22 den in vier
Gruppen gespaltenen Konserverpartien zuzufallen. Ein Mandat erlang
te die neu gegründete Gewerkschaft.

Da die Wahlsiffern noch nicht endgültig festgestellt sind, so
läßt sich über den Erfolg der Sozialdemokratie ein abschließendes
Urteil noch nicht fällen. Jedenfalls zeigt ihre von 32 auf 71 ge
stiegene Mandatsziffer, daß sie sich siegreich behauptet hat. Dies,
obwohl sie unter ungünstigen Bedingungen kämpfte. Denn wenn
auch mit der Vermehrung der Sitze von 114 auf 140 die Mandate
der Hauptstadt Kopenhagen von 16 auf 24 erhöht wurden, so ent
spricht diese Mandatszahl doch noch nicht der Bevölkerungsziffer
der Hauptstadt, die ein Fünftel der gesamten Bevölkerung
des Landes umfaßt und die Hochburg der Sozialdemokraten und
Radikalen ist.

Ueber die Wirkungen des Frauenwahlrechts läßt
sich gleichfalls nach den vorliegenden Meldungen noch nichts Ab
schließendes sagen. Jedenfalls war die Wahlbeteiligung der
Frauen sehr lebhaft. In Kopenhagen wurden drei weibliche
Abgeordnete gewählt, darunter Frau Rund (rad.), die
Galtin des Landesverteidigungsministers.

Weitere Neuheiten in Dänemark.

Nach den eben erledigten Folketingswahlen, die mit dem
Sieg der bürgerlich-radikalen und sozialdemokratischen Mehrheit
endigten, kommt schon am 30. April die Neuwahl des Landthings,
der ersten Kammer des dänischen Reichstags, an die Reihe. Da
die neue Verfassung das Wahlrecht für den Landthing auf alle
Männer und Frauen über 35 Jahre ausgedehnt hat, hat diese
Wahl eine erhöhte Bedeutung, und die dänische Sozialdemokratie
verpflichtet sich bedeutende Erfolge. Sie geht in allen 116 Kreisen
es Landes selbständig vor.

Der neue Landthing zählt 72 Abgeordnete, von denen 18 aus
dem alten Landthing übernommen werden. Die übrigen 54 Mit

glieder gehen aus indirekten Verhältniswahlen hervor. Bei den
am Dienstag stattfindenden Wahlen werden zunächst die Wahl
männer, je einer auf 1000 Stimmberechtigte, durch direkte und
allgemeine Abstimmung nach dem Verhältniswahlssystem gewählt.
Sie treten dann in großen Wahlkreisen zusammen und bestim
men die Abgeordneten. Der Wahlkampf ist natürlich bereits für
die Wahlmännerwahlen sehr heftig. Radikale und Sozialdemo
kraten müssen 30 von 54 Mandaten erobern, um die Opposition,
der Konserverpartien und der Bauerlinken in der ersten Kammer
zu neutralisieren.

Bewerkschaftliches.

Ein Gedentag des Buchbinderverbandes. Vor 25 Jahren,
am 1. Mai 1893, erhielt der Buchbinderverband im wesentlichen
die Grundlage seiner jetzt noch bestehenden Organisationsform
als Zentralverband. Wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung im
allgemeinen, so machte auch der Buchbinderverband eine aufstei
gende Bewegung, so daß er im letzten Volljahre vor dem Kriege,
am Schlusse des Jahres 1913 33 377 Mitglieder zählte, wovon
16 781 männliche und 16 596 weibliche waren. Das gesamte Ver
bandsvermögen betrug 1 379 670 Mk., wovon sich 369 318 Mk. in
den Ortsklassen befanden. Die Zahl der gültigen Tarifverträge
im gleichen Jahre belief sich auf 130 für 2018 Betriebe mit 32 616
beschäftigten Personen.

Während des Krieges war der tiefste Stand der Mitglieder
zahl im März 1917 mit 5290 männlichen und 11 355 weiblichen,
zusammen also mit 16 645 Mitgliedern zu verzeichnen. Am Schlus
des ersten Vierteljahres 1918 dagegen zählte der Verband 5532
männliche, 14 830 weibliche, insgesamt 20 371 Mitglieder. In der
Hauptkasse beträgt das Vermögen rund 1 1/2 Millionen Mark, in
den örtlichen Kassen rund 400 000 Mk. Der Verband darf mit
Genehmigung und Befriedigung auf seinen Gedentag vor 25 Jah
ren zurückblicken.

Baden.

Die Erweiterung des Landständischen Ausschusses.

Der Ausschüß für Justiz und Verwaltung der Zweiten
Kammer behandelte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der
Abg. Reimann (Nat.) und Gen., in welchem verlangt wird
daß für die Zeit, in der der Landtag nicht verammelt ist, ein
Landständischer Ausschüß aus den Präsidenten der letzten
Sitzungsperiode und vier weiteren Mitgliedern der Ersten, so
wie acht Mitgliedern der Zweiten Kammer zur Erledigung der
in den Gesetzen bestimmten und der von dem letzten Landtag
mit Genehmigung des Großherzogs an ihn gewiesenen, sowie
zur Erörterung der nach der Verfassung zur Beratung des
Landtags geeigneten Gegenstände geschlossen wird. Zu ein
gehender Beratung wurden die Vorzüge und Nachteile des An
trags hervorgehoben. Der Ausschüß kam in seiner großen
Mehrheit zu der Meinung, daß dem nationalliberalen Antrag
zuzustimmen sei. Eine Abstimmung wurde auf eine spätere
Sitzung verschoben.

Stuttgart, 30. April. Die 15jährige Tochter des Landwirts
Wilhelm Luppert erlitt, als sie einen Topf mit Kartoffeln vom
Feuer wegnehmen wollte, durch eine aus dem Herd hervor
schlagende Flamme so schwere Brandwunden, daß das Mädchen
kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Wannheim, 1. Mai. Im Einverständnis mit Baden und El
sass-Lothringen hat das Ministerium des Innern für die Dauer
der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse mit sofortiger
Wirkung den Tarif für Höchstbeträge der Steueramtslöhne für
Dampfer und Segelschiffe dahin abgeändert, daß ein Teuerungszu
schlag von 25 v. H. unter Zugrundelegung des Tarifs für
Segelschiffe gewährt wird.

Mühlheim, 1. Mai. Wie aus Mühlheim i. E. gemeldet wird,
ist der Mörder der Flüchtlingshefenerin Stuber von Sennheim, der
mit Zuchthaus verurteilte Hilfsdienstpflichtige Josef Schmitt,
vom außerordentlichen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.
Das Urteil wird lt. "Str. P." durch Erschießen vollzogen.

für unsere Soldaten.

Muß man sich operieren lassen?

Die Frage, ob ein Soldat verpflichtet ist, die Vornahme
einer Operation zu dulden, ist noch keineswegs restlos geklärt.
Im bürgerlichen Leben kennt man den Zwang, sich ope
rieren zu lassen, nicht; die Anerkennung des Rechtes des
Menschen auf den eigenen Körper, schließt die Vornahme jeden
operativen Eingriffes ohne ausdrückliche Einwilligung des Pa
tienten aus. Anders beim Militär. Hier ist man zu
der Auffassung gekommen, daß in dem Widerstand gegen eine
Operation, durch welche die Felddienunfähigkeit wieder her
gestellt werden kann, unter Umständen Feigheit zu erblicken ist.
Man stützt sich dabei auf eine zivilrechtliche Entscheidung des
Reichsgerichts (Ab. 83, S. 15), wonach das freie Selbstbestim
mungsrecht, welches jeder Verletzte an und für sich über seinen
Körper hat, dort seine Grenze findet, wo sich seine Ausübung
lediglich als Eigentum oder als rücksichtslos selbstschädigende An
wendung der Haftung eines Schadenersatzpflichtigen darstellt.
Deshalb müßte sich der Verletzte eine gefahrlose und ohne
nennenswerte Schmerzen auszuführende, inforn
also unerhebliche Operation gefallen lassen, falls dieselbe nach
den Gutachten von Sachverständigen mit Sicherheit eine be
trächtliche Besserung der Leistungsfähigkeit des Verletzten er
warten läßt.

Die Medizinalabteilung hat, auf dieser Entscheidung fußend,
schon unterm 6. Dezember 1917 bestimmt, daß die Verjorgungs
gebühren von Heeresangehörigen zu mindern oder einzul
ziehen sind, wenn sie sich unter den in der Entscheidung des
Reichsgerichts genannten Voraussetzungen einer operativen oder
orthopädischen Behandlung widersetzen. Die Behandlung mit
Starkstrom wird von den Patienten wegen der damit verbun
denen Schmerzen allgemein gefürchtet. Die Weigerung, sich
dieser Behandlung zu unterziehen, wird also von Einfluß auf die
Gewährung oder auf die Bemessung der Rente sein.

Nach der Friedens-Sanitätsordnung — § 77 — dürfen uner
hebliche Operationen auch ohne Einwilligung des Patienten
vorgenommen werden. Als erheblich haben nach Ansicht der
Medizinalabteilung des Kriegsministeriums Operationen zu
gelten, die mit Lebensgefahr verbunden sind, insbeson
dere auch solche, die nur in der Narkose ausgeführt werden
können; dagegen ist unerheblich, ob die Operation mit größerem
oder geringeren Schmerzen verknüpft ist. Die Entscheidung
darüber, ob ein Heeresangehöriger die Zulassung einer Operation
zu Unrecht verweigert und sich damit eines Ungehorsams schul
dig macht, liegt bei dem Militärgericht.

Deutschlands Spende für Säuglings- u. Kleinkinderschutz Badischer Kinderhilfstag. + Aufruf! +

Draußen kämpfen Millionen wackerer Männer für Deutschlands Sein und Werden. Deutschlands Zukunft aber liegt in unsern Kindern. Ihnen ein glücklicheres Dasein zu sichern als es uns selbst beschieden war, dafür setzen heute Millionen blühender Menschen ihr Leben täglich ein, haben Hunderttausende es schon freudig hingegeben.

Die Ihr in der Heimat eure Pflichten erfüllt, an Euch ist's nicht minder, für unserer Kinder Los mitzuforgen. Nicht mehr wie vor dem Kriege dürfen alljährlich Hunderttausende im Deutschen Reich, kaum geboren, wieder dahin-schwinden. Jedes junge Menschenleben ist heute doppelt wert, behütet und erhalten zu werden.

Nicht mit Eurem Blute, mit Eurem Gute sorgt für unserer Kinder Wohl.
Dafür die Mittel zu geben, ist eines jeden Deutschen Pflicht.
Gemeinsam mit allen anderen Teilen des Reiches wollen auch wir Badener an dem Gelingen dieses großen Liebeswerkes mithelfen.

Dann werden wir auch in Baden neue Stätten schaffen können, um Gesundgeborene gesund zu erhalten, Heilbedürftige wieder gesunden zu lassen.

Aus Not und Bedrängnis blühe neues Leben!

Haus- und Straßensammlung Sonntag, den 5. Mai.

Der Landesauschuß der Deutschlandspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Marie Luise, Prinzessin von Baden, Königl. Hoheit. Präsidentin der Abt. VI des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. **Dr. Febr. von und zu Bodman**, Cz., Staatsminister und Minister des Innern, Karlsruhe. **Freifrau E. von Babo**, Wirkl. Geh. Rat, Karlsruhe. Vizepräsident der I. Kammer der Landstände. **von Chelius**, Cz., Oberhofmeister J. A. S. der Großherzogin Luise von Baden, Wirklicher Geheimrat und Geheimer Kabinettsrat. **Dr. Clemm**, Geh. Ober-Reg. Rat, Landeskommissar, Mannheim. **Dr. Febr. von Dusch**, Cz., Staatsminister a. D., Karlsruhe. **Dr. Hauser**, Geh. Ob.-Med.-Rat, Karlsruhe, I. Vorsitzender des Landesauschusses für Säuglings- und Kleinkindersfürsorge. **Frau Sofie Honsell**, Cz., Ehrenpräsidentin der Abt. VI des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. **Kopf**, Präsident der II. Kammer der Landstände. **Limberger**, Generalmajor z. D., Vorsitzender des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz. **Dr. Lutz**, Privatdozent, Heidelberg, II. Vorsitzender des Landesauschusses für Säuglings- und Kleinkindersfürsorge. **Dr. Mayer**, Geh. Ob.-Reg.-Rat, Oberst der Israeliten. **Prof. Dr. Menge**, Geh. Hofrat, Direktor der Universitäts-Frauenklinik Heidelberg. **Prof. Dr. Moro**, Direktor der Universitätskinderklinik Heidelberg. **Müller**, Geh. Rat, Generalsekretär des Badischen Frauenvereins, Karlsruhe. **Domkapitular Dr. Mus**, Vorstand des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg. **Nicola**, Direktor der Rheinischen Erbschaft, Karlsruhe. **Dr. Niefer**, Cz., Wirkl. Geh. Rat, Groß. Bad. Gesandter, Berlin. **Prof. Dr. Noeagerath**, Direktor der Universitätskinderklinik Freiburg. **Frau Ethel Rheinbold**, Cz., Vizepräsidentin der Abt. VI des Bad. Frauenvereins Karlsruhe. **R. Rohrkopf**, Geh. Hofrat, I. Vizepräsident der II. Kammer der Landstände, Heidelberg. **Prälat D. Schmitthenner**, Vorsitzender des Landesvereins für Innere Mission. **Dr. Schönig**, Med.-Rat, Kreisoberarzt, Vorstand der Hebammenschule Donaueschingen. **Straub**, Geh. Rat, Landeskommissar, Kaufung. **Dr. h. c. M. A. Strauß**, Kommerzienrat, Karlsruhe. **Prälat Dr. Werthmann**, Vorstand des Caritasverbandes für das katholische Deutschland, Freiburg. **Dr. Stroebe**, Vorsitzender der Depotabteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz.

Beiträge werden jederzeit bei allen Banken, Sparkassen und sonstigen Sammelstellen des Roten Kreuzes entgegengenommen.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseneröffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.
Von Mittwoch bis einschl. Freitag.
Albert Bassermann
in seinem neuen Film
Der eiserne Wille.
Schauspiel in 4 Akten von Felix Salten.
HENNY PORTEN
in
Gräfin Küchenfee
Lastspiel in 3 Akten von Robert Wiene.
Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Papier.
3244
Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschäfer, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.
A. Braun & Co.

Hausfrauen hauf,,Hohlo"
Mehninger Hersteller: Fritz Hohl, Karlsruhe.
Druckarbeiten alle Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Bekanntmachung.
Den Fortbildungsunterricht betreffend.
Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungsschulpflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren. Fortbildungsschulpflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.
Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).
Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärtig hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur verfuhs- oder probeweise aufgenommen sind.
Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.
Karlsruhe, den 1. Mai 1918. 2139
Das Volksschulrektorat.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl kräftiger
2801
Männer u. Frauen
für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100.

Für dringende Kriegsbauten in der Pfalz suchen wir möglichst sofort eine größere Anzahl
Zimmerleute
für längere Dauer.
A.-G. für Beton- und Monierbau, Stuttgart
Landhausstraße 82. 2894

Zum
100. Geburtstag von Karl Marx
veranstaltet der
Sozialdemokrat. Verein Karlsruhe
am Sonntag den 5. Mai, vorm. 10 Uhr,
im **Colosseum** eine
öffentl. Gedenkfeier
unter Mitwirkung der
vereinigten Arbeitergesangvereine Karlsruhe.
Gedenkrede auf Karl Marx.
Gehalten von Herrn Stadtrat **Dr. Dietz.**
Hierzu laden wir die verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung höflichst ein.
3811
Eintritt 10 Pfennig.
Der Vorstand,
Der Kartenverkauf findet statt in der **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstr. 13; Rest. zum **Auerhahn**, Schützenstr.; Rest. zur **Palme**, Lessingstr.; Rest. zum **Hirsch**, Mühlburg; Exped. d. „**Volksfreund**“; bei den **Vertrauensleuten d. Partei** und an der **Kasse** vor Beginn der Gedenkfeier.

Vereinsbank Karlsruhe
e. G. m. b. H.
Wir bitten um Einreichung der Einlage- und Sparbücher zwecks Abrechnung, wobei auch die Anzahlung der Dividende auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt.
Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Lobesfälle. Leopold Ross, Privatmann, Witwer, 75 J. alt. Wilhelm Frommer, Fabrikant, Chemann, 66 J. alt. Karl Schumann, Zimmermann, Chemann, 48 J. alt. Johannes Andreas Großmüller, Anstreicher, Chemann, 57 J. alt. Wilhelm Landwirt, Chemann, 66 J. alt. Luise Marx, 66 J. alt. Emma von Johannes Marx, Registrator, Emma Wellemann, Telegraphenbedienst. lebig, 36 J. alt.

No. 101.
Die
Aus Be
Die Die
bewegten m
Entscheidung
wesentlich be
kennt man, d
re d t s b o r
sie aber nicht
ni h erhofft
gefunden we
Auch die
Kompromisse
eines Mebrst
schlagenten.
Das gleiche
durchgehende
reil zu sein.
Groß Her
derungen.
jährliche W
den solche G
den seien un
keren Anstän
Die in de
bestehen m
W a h l e d i
im letzten J
haben, ander
e d t s z w i
gen, die bis
es trägt sich
kanten. A
an eine Be
werden, die
schon so hat
Biel eher ist
Nichtung ist
Freiionerba
Das 3 e
bene Verhält
der Verfassu
Belchluß ein
kommen. Ein
sen des Au
ne derartige
weil das gl
einigen Abg
sichten also
Neu ist
der den Be
lungsrechtlich
Känderung
wenig jeit
Die Re
Herangem
schaffen G
tags-Sitzung
die Annehm
Waltung au
die neue J
die höhere Z
aus, als ob
Hilfswesen
Kriegszeiten
Stimmt
nicht
oder I
Sonderaus
gem ihren
Wird ih
ermöglichen
Neu-erzoge
lage im Ge
Aber ma
jedemfalls
man er jog
Es kom
gen oder es
es-Geleide
den Wähl
Häusere Kön
wird sagen
den sie erio
bet der Me
den. Das
im preuzid
zwischen.
Das Pa
die De